

Um Unternehmen vor Pandemierisiken zu schützen, müssen Regierungen als „Versicherer in letzter Instanz“ agieren: neuer Bericht die Geneva Association

- Um die Debatte zwischen Regierungen und Versicherern über die Schliessung von Deckungslücken bei pandemiebedingten Betriebsunterbrechungsrisiken zu unterstützen, hat The Geneva Association eine Studie zum Thema [Öffentlich-Private Lösungen für Pandemierisiken](#) veröffentlicht. Darin werden vier mögliche staatlich gelenkte Finanzierungspläne vergleichend dargestellt: 1) Direktversicherung, 2) Rückversicherung, 3) Sozialversicherung und 4) staatliche Hilfszahlungen nach dem Schadensfall.
- Der erste Bericht in dieser Serie, [An Investigation into the Insurability of Pandemic Risk](#) ergab, dass Versicherer auf sich allein gestellt dieses Risiko nicht decken können. Verglichen mit den geschätzten globalen wirtschaftlichen Einbussen von über 4 Billionen USD im Jahr 2020, nimmt die Schadens- und Haftpflichtversicherungsbranche weltweit jährliche Prämien in Höhe von 1,6 Billionen USD ein, von denen nur geschätzte 30 Milliarden USD auf Betriebsunterbrechungsversicherungen entfallen.
- Die hohe notwendige Kapitalunterlegung macht es Privatversicherern unmöglich, einen bedeutsamen Versicherungsschutz für durch die Pandemie verursachte Betriebsunterbrechungen zu leisten. Sie können jedoch wichtige, nicht risikotragende Beiträge leisten, indem sie ihre Expertise in Risikobeurteilung, Risikominderung und Schadenmanagement wirkungsvoll einsetzen.

Zurich, 21 April 2021— COVID -19 hat verdeutlicht, dass Betriebsunterbrechungen, die im Zusammenhang mit der Pandemie stehen, direkt an Regierungsentscheidungen, d.h. die Verhängung von Lockdowns, gekoppelt sind; ein Umstand, der Versicherern die Risikokalkulation unmöglich macht. Darüber hinaus haben derartige Risiken systemischen Charakter: Sie verursachen weitreichende und zeitgleiche finanzielle Verluste. Der private Versicherungsmarkt wird daher aufgrund der untragbar hohen Kapitalanforderungen nicht in der Lage sein, einen bedeutenden Versicherungsschutz für Geschäftskontinuität im Zusammenhang mit Pandemierisiken zu leisten. Die staatliche Mitwirkung ist entscheidend für die Verbesserung von Vorsorge und Stabilität im Hinblick auf künftige Pandemieschocks.

In diesem Zusammenhang hat The Geneva Association kürzlich die Studie [Öffentlich-Private Lösungen für Pandemierisiken](#) veröffentlicht. Darin legt sie vier exemplarische Finanzierungspläne für Pandemierisiken dar, in denen die Regierungen eine führende Rolle einnehmen können:

- Direktversicherung: Der Staatssektor stellt Betrieben, die Pandemierisiken ausgesetzt sind, eine freiwillige oder obligatorische Versicherung zur Verfügung.
- Rückversicherung: Regierungen stellen Versicherern eine Rückversicherungsdeckung zur Verfügung, die innerhalb eines begrenzten Rahmens zur Wirkung kommt.
- Sozialversicherung: Einfacher staatlicher Versicherungsschutz mit obligatorischer Beteiligung mittels Vorauszahlungen (z. B. durch Steuern oder Umlagen).

- Staatshilfe nach dem Schadensfall: Ein seitens der Regierungen angebotenes ad hoc Sicherheitsnetz für Betroffene.

Mit dem Wissen, dass es keine einheitliche Lösung gibt, untersucht der Bericht, welche Massnahmen am ehesten zu den folgenden sieben politischen Zielen beitragen: 1) maximale Abdeckung, 2) beschränkte finanzielle Last für die öffentliche Hand, 3) bedarfsgerechte Verteilung der Mittel, 4) Anreize zur Risikominimierung, 5) Kosteneffizienz beim Risikotransfer, 6) betriebliche Effizienz, 7) volkswirtschaftlicher Nutzen.

Jad Ariss, Geschäftsführer der Geneva Association, sagte: „Es ist eine Tragödie, dass Betriebe, insbesondere Klein- und Mittelbetriebe, im Laufe der Pandemie aufgrund der Lockdowns derart gravierende, unkontrollierbare finanzielle Verluste erleiden mussten. Der Staat musste sich mit Nothilfemassnahmen in Höhe mehrerer Billionen Dollar einschalten. Regierungen und Versicherer müssen gemeinsame Lösungen zur Deckung künftiger Pandemieschäden im Bereich Betriebsunterbrechung erarbeiten. Dabei sollten die Regierungen die Führungsrolle übernehmen.“

Kai-Uwe Schanz, Leiter für Research & Foresight bei der Geneva Association und Hauptautor des Berichts, sagte: „Wir möchten betonen, dass einer der im Bericht dargelegten Finanzierungspläne, und zwar die ad hoc Zahlung nach dem Schadensfall, der wohl am wenigsten effektivste ist. Für die anderen dargestellten Massnahmen ist die Überlegung entscheidend, ob sie auf obligatorischer oder freiwilliger Basis stattfinden sollen. Daneben ist die Rolle der Versicherer bei Kalkulation und Distribution des Versicherungsschutzes entscheidend. Wir hoffen, dass dieser Bericht Regierungen und Versicherern dazu verhilft, ihre partnerschaftlichen Verhandlungen zum Abschluss zu bringen.“

Informationen zur Geneva Association

Die Geneva Association ist der einzige globale Verband von Versicherungsunternehmen. Ihre Mitglieder sind CEOs von Versicherungen und Rückversicherungen. Auf der Grundlage aufwändiger Forschungsarbeiten, die in Zusammenarbeit mit Mitgliedern, akademischen Institutionen und multilateralen Organisationen durchgeführt werden, hat es sich die Geneva Association zur Aufgabe gemacht wichtige Trends und Risikobereiche zu erkennen und zu untersuchen, die die Versicherungsbranche beeinflussen können, und entsprechende Empfehlungen für die Branche und die politischen Entscheidungsträger herauszugeben.

Die Unternehmen der Mitglieder der Geneva Association haben ihren Hauptsitz in 25 verschiedenen Ländern weltweit. Sie verwalten insgesamt Vermögenswerte in Höhe von 17,1 Billionen USD, beschäftigen 2,4 Millionen Menschen und schützen 1,8 Milliarden Menschen.

Weitere Informationen erhalten Sie bei Pamela Corn, Leiterin Kommunikation, unter +41 44 200 49 96 oder pamela_corn@genevaassociation.org.